

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

228 (1.10.1929)

Beilage zur Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Der Besuch des Reichsrates in Baden
Die Reden in Mannheim

Am letzten Tag des Besuchs des Reichsrats in Baden wurden in Mannheim folgende Ansprachen gehalten:

Oberbürgermeister Dr. Heimerich

Meine sehr geehrten Herren!

Ich heiÙe Sie in Mannheim herzlich willkommen. Wir danken Ihnen, daß Sie hierher gekommen sind und unsere Ausführungen entgegennehmen, nicht weil wir glauben, daß dann gleich unsere Sorgen verschwinden und unsere Wünsche erfüllt werden, sondern weil ein solcher Besuch überhaupt erst die Voraussetzungen für eine bessere Würdigung der Verhältnisse schafft.

Die Stadtverwaltung Mannheim hat Ihnen gestern Abend ein kleines Büchlein überreichen lassen, das, so hoffen wir, mit seinen Bildern und Zahlen eindringlich zu Ihnen spricht und durch seine ganze Aufmachung fürter zum Lesen anregt, als es die üblichen trockenen Denkschriften vermögen, um so mehr, als ein besonders feinsinniger Wissenschaftler unserer Stadt, Professor Schott, den Text geschrieben hat.

Sie haben, meine sehr geehrten Herren, in den letzten Tagen Baden von Bodensee bis nach Karlsruhe bereist und sehen nun plötzlich am letzten Tage Ihres badischen Aufenthaltes vor neuen Eindrücken, die von Ihren bisherigen recht verschieden sein dürften. Sie haben heute morgen

den zweitgrößten Binnenhafen Europas

durchfahren seiner Ausdehnung nach — denn an Bedeutung des Hafens sehen wir nicht mehr an zweiter Stelle — Sie haben den Neckar gesehen, der neben dem Rhein dieser Landschaft die Note gibt, und Sie befinden sich mitten im Pfälzer Land, da keine Landesgrenze vermocht hat, die Stammesart und den Charakter der Bevölkerung zu ändern.

Während Sie sonst auf Ihrer Reise Baden im großen und ganzen als Land der Landwirtschaft und der Mittelstadt kennen gelernt haben, umfaßt Sie hier großstädtisches Leben, das nicht auf die 260000 Einwohner dieser Stadt allein zurückzuführen ist, sondern auch in einem gewissen Zusammenhang steht mit dem Kreis von Städten, die hier nahe beieinander liegen, mit Heidelberg, Weinheim, Schwetzingen, Speyer, Ludwigshafen und Worms. Im Umkreis von 20 km vom Mannheimer Rathaus wohnt eine Bevölkerung, deren Zahl fast genau einem Drittel der gesamten badischen Bevölkerung gleichkommt. In Mannheim allein sind 26,8 Proz. des gesamten badischen Betriebsvermögens investiert und von Mannheim allein wird ein Viertel der Steuereinnahmen des Landes Baden aufgebracht, obwohl die Stadt selbst nur etwa 10 Proz. der Einwohner Baden umfaßt.

Mannheim hat in seiner Wirtschaftsgeschichte im Laufe des 19. Jahrhunderts zwei große glückliche Entwicklungsphasen gehabt. Die eine ist mit dem Bau und der Erweiterung der Hafenanlagen verbunden, die Handel und Schifffahrt großzügig entwickeln, die andere besteht in der vor allem wiederum auf die Schifffahrt gestützten Industrialisierung, welche eine sehr verschiedenartige Industrie nach Mannheim brachte und den Hafen- und Handelsbetrieb wertvoll ergänzte.

Sich will auch nicht reden von dem von mir schon einmal bei anderer Gelegenheit als Verortismus bezeichneten Zustand, jener verhängnisvollen Einstellung, die glaubt, daß Geschäfte nur noch in Berlin abgeschlossen werden können und alle Verwaltungen dort liegen müssen, was bei einer weiteren Entwicklung in dieser Richtung dazu führen müßte, daß für die Provinz nur noch die Handarbeit bleibt, daß uns nicht nur das Geld, sondern auch alle Führungskräfte entzogen werden, und daß am Schluß das kulturelle Niveau der Provinzstädte und damit das gesamte geistige Niveau der Bevölkerung sinkt.

Unsere besonderen Sorgen

beruhen aber auf der Lage, die Mannheim durch den Krieg und seinen Ausgang gekommen ist. Die Reichsgrenze ist mit der badischen Landesgrenze und der Grenze der bayerischen Pfalz zusammengefallen und damit auch unserer Stadt bedenklich nähergerückt. Der Abzäpielraum für Mannheim ist durch die politische und wirtschaftliche Abtrennung Elßaß-Lothringens, das Ausschleiden Luxemburgs aus dem deutschen Bollgebiet und die französische Politik im Saargebiet wesentlich geringer geworden. Die Besetzung der bayerischen Pfalz und die wiederholte Sperrung jeglichen Verkehrs über den Rhein haben auch die Wirtschaftsbeziehungen zu dem nächsten Hinterland Mannheims, der bayerischen Pfalz, verschlechtert. Der Schifffahrt und dem Hafenbetrieb ist der stärkste Konkurrent in Straßburg erwachsen, das in jeder Beziehung von der französischen Regierung gefördert wird. Sehen Sie sich auf Seite 39 unserer Broschüre die graphische Darstellung an, aus der ersichend hervorgeht, daß Straßburg, dessen Tonnenzahl im Verkehr seines Hafens im Jahre 1911 nur etwas über 1 Million umfaßte, im Jahre 1928 einen Verkehr von 5,37 Millionen Tonnen erreicht hat. Ist es bei diesen Verhältnissen ein Wunder, daß die Zahl der Arbeitslosen, die beispielsweise in Württemberg nur 6,4 je 1000 Einwohner beträgt, in Mannheim nach dem Stand

vom 18. September dieses Jahres auf 24,3 je 1000 Einwohner gestiegen ist und sich, wenn wir die über 2000 Wohlfahrtsverbunden hinzurechnen, sogar auf 32,4 je 1000 Einwohner erhebt.

So ist, in ganz kurzen Strichen gezeichnet, unsere Lage. Was kann zu ihrer Verbesserung geschehen? Die geographische Lage von Mannheim und Ludwigshafen am Rhein und an der Neckar-mündung ist immer noch eine günstige. Die Tatsache, daß der Aktionradius beider Städte durch die Abtrennung von Elßaß-Lothringen eine Schwächung erfahren hat, könnte sicherlich zum Teil dadurch ausgeglichen werden, daß eine innerpolitische Vereinigung hier in dieser Länderede erfolgt und überalterte Landesgrenzen fallen, die sich für die Entwicklung eines durch solche Grenzen gehemmten Handels- und Industriezentrums stets als nachteilig erwiesen haben. Es liegt hier, wie wir in unserer Broschüre näher dargelegt haben, am Nordrißel Badens kein geringeres Problem vor, als bei Hamburg-Altona oder im Rhein-Main-Gebiet, nur haben wir bisher etwas weniger von uns reden gemacht.

Tausend Häfen knüpfen sich schon in dem Städtekreis, der in der Entfernung von 10 bzw. 20 km vom Mannheimer Rathaus aus gemessen vorhanden ist und an dem nicht weniger als 3 Länder beteiligt sind. Der Einheitsstaat, dem die Verwaltungsleiter der deutschen Großstädte gemeinlich nun einmal anhängen, und zwar nicht vornehmlich aus politischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen, würde diesem Gebiete manches mühselos bringen, was für ein Wirtschaftszentrum von besonderem Nutzen wäre: gleiche Steuergrundlagen, eine Hafengemeinschaft Mannheim-Ludwigshafen, eine Gemeinschaft der Straßen- und Vorortbahnen und ähnliches mehr, vor allem aber eine stärkere Geltung und Kräftezusammenfassung, deren ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bedarf, um sich im Konkurrenzkampf behaupten zu können. Preußen ist in diesen Dingen in weitestgehend Weise vorangegangen; es hat nicht nur wegen des Harburger und Altonaer Gebietes einen sehr zukunftsreichen Staatsvertrag mit Hamburg abgeschlossen, sondern erst jüngst das Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erlassen, das doch nicht anderes darstellt, als eine durchgreifende Verwaltungsreform und Kräftezusammenfassung, gegenüber welcher wir in Nachtel geraten, wenn bei uns gar nichts geschieht.

Wie wäre es, meine sehr geehrten Herren, wenn wir hier in dieser Länderede wenigstens nach Übergangslösungen und Ausführmöglichkeiten suchten, um einen Teil der Vorteile zu erreichen, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zweifellos durch das erwähnte Gesetz erlangt wurden. Das preußische Gesetz über die kommunale Neugliederung sieht in seinem § 41 die

Bildung zwischengemeindlicher Arbeitsgemeinschaften

vor, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf bestimmten Verwaltungsgebieten zu prüfen und gegebenenfalls die erforderlichen Vorschläge für ihre Durchführung zu machen haben. Schon die Bildung einer solchen offiziellen, von den beteiligten Ländern anerkannten und geförderten Arbeitsgemeinschaft etwa zwischen Mannheim, Ludwigshafen und auch Heidelberg, würde uns ein Stück weiter bringen und manches leichter lösen lassen, als es die mühseligen Einzelverhandlungen heute vermögen. Sollten sich die Länder zu einem solchen notwendigen Fortschritt nicht verheßen, so wäre ernstlich daran zu denken, daß das Reich nach dem Vorschlag von Geheimrat Frey, Darmstadt, die Bildung von Reichs-Wirtschaftsverbänden zuläßt, in der Weise, daß Selbstverwaltungskörperschaften, die in verschiedenen Bezirken liegen, zur Wahrnehmung von bestimmten wirtschaftlichen Verwaltungszwecken zu öffentlichen Zweckverbänden vereinigt werden können. Es mag Ihnen vielleicht erstaunlich sein, daß ich diesen Punkt mit solcher Eindringlichkeit erörtere, ich bin aber der festen Überzeugung, daß sich in einer Zeit, wo es gilt, alle Kräfte zusammenzufassen, nur große geschlossene Wirtschaftszentren auch gegenüber dem allgemeinen Zuge nach Berlin behaupten können. Einer Verdünnung der Provinz durch falschen Zentralismus wird am besten durch eine starke Zusammenfassung der draußen vorhandenen Kräfte vorgebeugt werden können.

Das zweite, was uns in Mannheim auf das stärkste feuert, ist

die notwendige Pflege des Rheinverkehrs,

dieser wichtigen Lebensader unserer Stadt. Hier müssen wir schwere Aufgabe erheben. Der Gesamthafenverkehr Mannheims hat von 1913 bis 1926 um 27,8 Proz. abgenommen. Dies ist nur zu einem geringeren Teil auf die weitere Schifffarmachung des Oberrheins, zum größten Teil aber auf die Tarifpolitik der Reichsbahn, auf die Staffeltarife und Sechsfachausfahrttarife und die Verweigerung von Spezialtarifen für den Rheinumschlagverkehr zurückzuführen. Während Straßburg, von der französischen Regierung bevorzugt, glänzend emporsteigt, hat man für Mannheim nicht nur nichts getan, sondern der Entwicklung jeines Hafens und Umschlagverkehrs geradezu entgegen gearbeitet. Viele Millionen investierter Kapitals liegen in den Mannheimer Häfen brach. Der Herr Handelskammerpräsident wird Ihnen alle die Nachteile, die uns daraus erwachsen, noch näher darlegen.

Ich selbst möchte mich darauf beschränken, eine andere Angelegenheit noch kurz zu berühren, die mit der Pflege des Rheinverkehrs auf das engste zusammenhängt. Ich meine die Rheinbrückenfrage. Mannheim und Ludwigshafen, die an der neu zu erbauenden Eisenbahnbrücke über den Rhein wegen der auf der jetzigen Brücke bestehenden völlig unhaltbaren Verkehrsverhältnisse seit Jahren auf das lebhafteste interessiert sind, haben aus leicht begreiflichen Gründen dazu geschwiegen, als man bei der Vorkonferenz die Genehmigung von drei Rheinbrücken auf einmal beantragte, obwohl wir es für vorteilhafter und aussichtreicher gehalten hätten, wenn man zunächst mit einer Brücke hervorgetreten wäre. Wir freuen uns, daß nun alle drei Brücken genehmigt sind und wünschen von Herzen, daß sie alle drei mit der größten Beschleunigung gebaut werden. Wenn nun aber in der allerletzten Zeit die Auffassung durchgedrungen ist, daß das Geld für den Bau von drei neuen Rheinbrücken nicht vorhanden sei und die Mannheim-Ludwigshafener Rheinbrücke nicht eher gebaut werden könnte, als bis auch die anderen Brücken angefangen würden, dann müssen wir dagegen härtesten Protest erheben. Die anderen Brücken sollen erst Verkehre erschließen, hier in Mannheim-Ludwigshafen liegt aber ein Verkehrsnotstand schwerster Art vor. Wiederholt haben sich infolge der Verkehreinstände schwere, ja tödliche Unfälle auf der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen ereignet, fast jede Woche ergibt sich irgend eine Verkehreinstörung die zumeist auf 30—40 Minuten den Verkehr zwischen den beiden Städten völlig lahmlegt.

Angeht dieser Notstände ist die unverzügliche Aufnahme des Brückenbaues Mannheim-Ludwigshafen ein dringendes Erfordernis und kann um so weniger zurückgestellt werden, als hier ja nur eine Eisenbahnbrücke gebaut wird, deren Hauptkosten von der Reichsbahn getragen werden.

weitere Verkehrswünsche

Es sei mir in diesem Zusammenhang noch gestattet auf einige einzugehen, die uns am Herzen liegen. Die Benachteiligung Mannheims im durchlaufenden Schnellzugverkehr der Mannheim-Neckar-Bahn, wozu das „Salomonische Urteil“ von Friedrichsfeld schließlich geführt hat, haben wir in unserer Ihnen überreichten Broschüre schon sehr augenscheinlich gemacht. Immerhin würde eine baldige Elektrifizierung der gesamten Rheintalbahn von Frankfurt nach Basel auch uns mit dem gesamten Baden mancherlei Vorteile bringen. Auch an der geplanten Autostraße Hamburg-Basel sind Mannheim und wie ich wohl hinzufügen darf, auch Heidelberg auf das lebhafteste interessiert. Das erste Stück dieser Autostraße soll nach einem Beschluß der Saftaba zwischen Mannheim und Heidelberg als Teil der Gesamtkrede erstellt werden. Die Pläne sind fertiggestellt und die Rentabilität der Straße ist bei Erhebung einer verhältnismäßig geringen Benutzungsgeldhöhe nach den angestellten Berechnungen einwandfrei garantiert. Dem Bau steht nur die Tatsache im Wege, daß die Erhebung von Gebühren für die Benutzung einer solchen Autostraße nicht einwandfrei zulässig ist. Seit zwei Jahren werden wegen dieser Gebührenfrage Verhandlungen geführt. Die Reichsregierung könnte nach § 13 des Finanzausgleichsgesetzes vom 9. April 1927 mit Zustimmung des Reichsrats nähere Bestimmungen über die hier in Frage kommenden Grundzüge erlassen, also einwandfrei feststellen, daß für derartige Straßen, die von privaten Gesellschaften erstellt werden, Gebühren erhoben werden dürfen. Vielleicht ist es den Herren Reichsratsmitgliedern möglich, Ihren Einfluß für eine baldige günstige Erledigung dieser Frage geltend zu machen.

Auch die Elektrifizierung unserer Vorortbahnlinien ist für Mannheim von großer Bedeutung. Bis in die jüngste Zeit hinein tummelte sich ein kleines Dampfzugglein langsam durch die Arbeiterdörfer in unserer Stadtnähe, erregte mit seiner vorhinftutlichen Betriebsart in Heidelberg Straßen, vor allem bei den Fremden, Aufsehen und setz sich dann als sogenannter Oberrheinexpress bis Weinheim fort. Nur mit Aufbietung aller Kräfte und mittels einer beim Reichskabinett eingereichten Beschwerde ist es uns gelungen, bei der Beratungskommission schließlich die Genehmigung zur Aufnahme von einigen Millionen zu erreichen, um die Elektrifizierung der Bahn wenigstens bis nach Heidelberg durchzuführen zu können. Sie ist nun vollendet, aber damit ruht das Werk. Die Strecken Heidelberg-Weinheim und Mannheim-Heidelberg müssen immer noch mit einer gänzlich unwirtschaftlich gewordenen Dampfbahn befahren werden. An den Ausbau neuer notwendiger Strecken ist gar nicht zu denken. Auch in der Entwicklung und Rationalisierung unseres Vorortverkehrs, der gerade für die Arbeiterschaft des ganzen Bezirks von größter Bedeutung ist, spielt wieder die Reichsbahn eine verhängnisvolle Rolle, indem sie aus unsererseits solchen Konkurrenzgründen fortgesetzt Deminisse in den Weg legt.

Wo große wirtschaftliche Schwierigkeiten sind, die die Steuerkraft schwächen und die andererseits einen ungeheuren Fürsorgeaufwand erzeugen, da ist schließlich auch das Kulturleben gefährdet. Mannheim ist

eine Kulturstadt von alter Tradition

und moderner Geistigkeit. Wir haben im Juni d. J. das 150jährige Jubiläum des Mannheimer Nationaltheaters, des ältesten deutschen Regie- und Kulturtheaters, gefeiert und begehen übermorgen das 150jährige Jubiläum der Musikalischen Akademie des Nationaltheaters, eines berühmten Orchesters, das das Kernstück unseres reichen Musiklebens bildet. In der Zeit der wirtschaftlichen Hochblüte der Stadt wurde die städtische Kunsthalle geschaffen und nach der Revolution stellte uns der badische Staat wesentliche Teile dieses Schloßes zur Verfügung, das die großen Bestände unseres Heimatmuseums aufgenommen hat. Aber die Kosten unserer kulturellen Verpflichtungen drücken uns schwer. Erfordert doch nach dem Rechnungsergebnis des Jahres 1927 unser Theater allein einen Zuschuß von 7,04 M auf den Kopf der Bevölkerung, da es ein rein städtisches Theater ist und sich staatlicher Zuschüsse, wie die früheren Hoftheater, nicht zu erfreuen hat.

Unsere Stadt ist eben, wie auch in der Schrift von Professor Schott zu lesen ist, in der Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse in weit höherem Maße als z. B. ihre süddeutschen Nachbarstädte Karlsruhe und Stuttgart auf ihre eigene Kraft, will sagen, auf das Erträgnis des örtlichen Wirtschaftslebens angewiesen. Da täte eine Hilfe von außen zuwenden dringend not, und wäre wirklich angebracht. Wir sind dankbar dafür, daß uns aus den Grenzlandmitteln des Reiches für unsere Handelshochschule, die wir ebenfalls ganz allein unterhalten müssen, einmal 175000 M zur Verfügung gestellt wurden. Aber diese Hilfe ist nicht hinreichend gegenüber der Tatsache, daß unsere Handelshochschule immer noch kein eigenes Gebäude hat, das sie für ihre Entwicklung dringend bedarf und wofür wir selbst sehr große Mittel unumgänglich aufbringen können.

Wir sind hier in Mannheim das Vetteln nicht gewohnt und wir haben, wie ein berühmter Mannheimer, der Philosoph Wilhelm Wundt es ausbrütete, aus eigener Kraft vieles, ja wohl das meiste geschafft. Wir hoffen bei einiger Würdigung und Berücksichtigung unserer speziellen Verhältnisse durch Land und Reich auch wieder um die Klippe heranzukommen, die seit dem Kriege in unverminderter Maße das Schiff der Wohlfahrt unserer Stadt bedroht. Aber es wird nur gehen, wenn man den Gemeinden überhaupt die Lebensbede nicht zu sehr verkürzt und einer vernünftigen dezentralisierten Selbstverwaltung Raum läßt, gleiche Besteuerungsgrundlagen, vor allem hinsichtlich der Gewerbesteuern durchführt und vor allem auch die finanzielle Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden durch Einführung eines Zuschlagsrechts zu der im übrigen herabzusetzenden Einkommensteuer wieder hebt. Niemand spürt mehr wie wir in den Industrie Städten, daß eine baldige umfassende Finanzreform in Deutschland unerlässlich ist. Man kann gegen den jüngst veröffentlichten Stolperstein Finanzplan sehr vieles einwenden und ich selbst könnte vielen seiner Vorschläge nicht zustimmen, aber es ist doch wenigstens einmal ein Plan von großartigem Wurf, insbesondere auch soweit die Einführung des Tabakmonopols in Deutschland und der Ausbau der Getränkesteuer in die Diskussion gezogen wird.

Schwer leiden die deutschen Städte auch darunter, daß sie im Gegenfatz zu allen anderen Krebtreibemern vom Auslandsverkehr







# Die Arbeitslosenversicherung vor dem Reichstag

Abgelehnte Anträge der Kommunisten und Deutschnationalen — Begründung durch den Reichsarbeitsminister — Keine Mehrheit für die Regierungsvorlage

Die mit großer Spannung erwartete kurze Tagung des Reichstags zur Erledigung der Reform der Arbeitslosenversicherung nahm am Montag ihren Anfang. Der Ausgang der Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen des Ausschusses für die Erledigung dieses Problems zeigt, dass die Verwirklichung dieses Problems noch große Hindernisse im Wege stehen. Von der Regierungsvorlage hatte der Ausschuss nur einen Torso übrig gelassen. Die Tatsache, dass von den Kommunisten in den letzten Tagen eine außerordentlich lebhaft propagandistische Propaganda gegen die Reformversuche der Regierung entfaltet worden ist, hatte die Berliner Polizeiverwaltung veranlaßt, für die Reichstagsgebäude einen außerordentlichen Sicherheitsring zu treffen. Mehrere Hundert Schutzpolizisten bildeten um das Reichstagsgebäude einen ausgebreiteten Sicherheitsring. Die Straßenbahnen durften in den Haltestellen vor dem Reichstag nicht halten. Nur nach dreimaliger strenger Kartenkontrolle konnte man Einlaß in das Parlamentsgebäude finden.

Die Tribünen waren dennoch dicht besetzt als Vizepräsident Esser in Vertretung des erkrankten Reichspräsidenten Löbe die Sitzung mit einem Nachruf für die seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Lönenschloß (Wirtsch. Part.), Schulz-Wechsungen (S.), Hülsen (K.), Kulenkampf (DVP.) und die frühere deutschnationale Abgeordnete Margarete Behm eröffnete.

Zunächst beantragten die Kommunisten die Absetzung der Arbeitslosenversicherung von der Tagesordnung und dafür die Beratung sozialpolitischer Anträge und die Besprechung des Youngplans. Ihr Antrag wurde abgelehnt. Sie fanden dafür nur die Unterstützung durch die Nationalsozialisten. Die Deutschnationalen wollten zwar auch noch in dieser Tagung eine Aussprache über den Youngplan herbeiführen, sie beantragten das aber erst am Schluß der Sitzung für die Dienstsitzung — gleichfalls ohne Erfolg.

Die Beratung der Arbeitslosenversicherungsreform wurde eingeleitet durch den Reichsarbeitsminister Wissell, der die beiden Vorlagen begründete, mit denen das schwierige Problem gelöst werden soll. Die Regierung hat sich im wesentlichen dem vom Reichsrat angenommenen Kompromiß angeschlossen, wonach die wenig umstrittenen Gesetzesänderungen, mit denen die bei der Arbeitslosenversicherung zutage tretenden Mißbräuche abgestellt werden sollen, in einer Vorlage zusammengefaßt sind, während eine zweite Vorlage, befristet bis zum 31. März 1931, die Sanierungsvorschriften enthält, die noch immer den Streitgegenstand zwischen den Parteien bilden. Minister Wissell betonte in seiner Rede mit besonderem Nachdruck, daß die Versicherer über Mißbräuche stark aufgebracht seien und daß die Arbeitslosenversicherung im ganzen sich bewahrt habe. Bei den Abweichungen der Regierungsvorlage von dem Reichsratsbeschlusse handele es sich weniger um finanzielle als um grundsätzliche Fragen.

In der Aussprache erklärte der sozialdemokratische Redner, daß seine Freunde der befristeten Beitragserhöhung um 1/2 Proz. und der Herabsetzung der Unterfütterung für die Saisonarbeiter zustimmen würden, nicht aber der Verkürzung der Wartezeit und der über den allgemeinen Satz hinausgehenden Beitragserhöhung für die Saisonarbeiter.

Die Deutschnationalen lehnten die Vorlage ab und bezeichneten den jetzigen Streit um die Reform als einen Beweis für die Unbrauchbarkeit des parlamentarischen Systems.

Das Zentrum gab eine kurze Erklärung ab, in der die erste Reformvorlage begrüßt und die zweite, die befristete Sanierungsvorlage als eine Grundlage bezeichnet wird, auf der das Zentrum an der Reform weiterarbeiten wolle.

Nach einer scharfen kommunistischen Ablehnung wurde von den Vertretern der Deutschen Volkspartei jede Beitragserhöhung abgelehnt.

Die folgenden Reden der Vertreter der Wirtschaftspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zeigten, daß jedenfalls für die Regierungsvorlagen in ihrer jetzigen Form eine Mehrheit nicht vorhanden ist.

Die erste Lesung war damit abgeschlossen, und die Vorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

## Vermittlungsversuche der Regierung

Die Verweisung der Vorlage an den Sozialpolitischen Ausschuss ist eine reine Formalität, denn der Ausschuss beschäftigt sich mit diesen Fragen schon lange, ohne zu einer ausgleichenden Lösung zu gelangen. Dieser Ausgleich wird am heutigen Dienstag auch nicht im Ausschuss, sondern in den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien gesucht werden.

Nachdem der Reichskanzler die Vertreter der Regierungsparteien nach Fraktionen getrennt empfangen und befragt hatte, trat am Montag um 17 Uhr im Reichstag ein Ministeramt zusammen, in dem Reichsfinanzminister Dr. Stresemann den Vorschlag machte, die Regierungsparteien möchten sich dahin verständigen, den Hauptstreitpunkt in der Arbeitslosenreform, nämlich die Frage der Beitragserhöhung bis nach der Ratifizierung des Young-Vertrages und bis zur Erledigung der Finanzreform zurückstellen, die dem Youngplan unter allen Umständen auf dem Fuße folgen muß. Dieser Vorschlag wird heute vom Reichskanzler den Führern der Regierungsparteien unterbreitet werden; man denkt daran, die Regierungsparteien dazu zu bestimmen, in einer gemeinsamen Resolution die Streitfrage auf diesem Wege für die nächste Zeit aus der Welt zu schaffen.

## Die französischen Ostbefestigungen

### Ankündigungen Painlevés

Paris, 1. Okt. (Tel.) In Antwortung eines Interpellationsantrages über den Stand der Arbeiten zum Schutze gegen Angriffe an der französischen Grenze hat Kriegsminister Painlevé an diesen Abgeordneten ein Schreiben gerichtet, das das „Journal“ heute veröffentlicht.

Painlevé kündigt darin an, daß das Verteidigungssystem, das beschloffen worden ist, folgende Maßnahmen enthält:

1. Bau von Straßen, Eisenbahnen, Kabeltelegraphenleitungen und die Lagerung von Material- und Artilleriemunitionsbefehänden längs der Grenze.
2. Die eigentlichen Arbeiten zur Organisierung der Abwehr, d. h. die Ausrüstung der befestigten Plätze mit den modernsten Verteidigungsmitteln, so daß der erste Abschnitt, und zwar der besonders empfindliche, vor allem der Abschnitt der neuen französischen Grenze, verteidigt werden kann. Diese Arbeiten werden zur Zeit durchgeführt in der Gegend von Metz, längs der Lauter, längs der Vogesen, längs des elsässischen Abschnittes des Rheins und der Alpen. Sie umfassen besonders die Verbesserung der noch bestehenden veralteten Festungswerke und namentlich die Annahme neuer Befestigungswerke und endlich unter Beschleunigung derjenigen, die schneller durchgeführt werden können, in ein bis fünf Jahren abgeschlossen sein. Die gesamten dafür erforderlichen Kredite, einschließlich der bereits bewilligten, werden sich auf 2½ bis 3 Milliarden belaufen.

# Badischer Teil

## Redeverbot für den nationalsozialistischen Abgeordneten Loeper, Dessau

Bei seinem Auftreten als Redner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Mannheim am 20. September und in Karlsruhe am 27. September 1929 hat der anhaltische Landtagsabgeordnete Loeper Äußerungen getan, die Beleidigungen in besonders roher und beleidigender Form von Mitgliedern der gegenwärtigen Reichsregierung enthalten. Da angenommen werden muß, daß der Abgeordnete Loeper bei erneutem Auftreten derartige Äußerungen wiederholen wird, und da zu befürchten ist, daß bei der steigenden Gegensätzlichkeit im Wahlkampf hierdurch erhebliche Störungen der öffentlichen Ordnung eintreten, hat der Minister des Innern das Auftreten des nationalsozialistischen Abg. Loeper, Dessau, als Redner in öffentlichen Versammlungen und bei anderen, einer weiteren Öffentlichkeit zugänglichen Veranstaltungen in Baden auf Grund des § 30 RStVO bis auf weiteres verboten.

## Staatliches Fernheiz-, Elektrizitäts- und Wasserwerk Karlsruhe

Am 1. Oktober d. J. ist das staatliche Fernheiz-, Elektrizitäts- und Wasserwerk seit 25 Jahren in Betrieb. Es wurde seinerzeit zur Versorgung des Schlosses und des Landestheaterbauers mit Wasser, Elektrizität und Heizungsdampf von der Hofverwaltung errichtet und ging 1918 in den Besitz des Staates über. Nach dem Jahre 1918 wurden mehrfach Erweiterungen an der Fernheizungsanlage vorgenommen.

Von den Beamten und Arbeitern, welche bei der Errichtung des Werkes in dessen Dienst trafen, sind heute noch sechs tätig, während drei im Ruhestand leben.

## Der Zeichenunterricht an den Mittelschulen

Für den Zeichenunterricht an den Mittelschulen für die männliche und weibliche Jugend wurde ein neuer Lehrplan aufgestellt an Stelle des vom früheren Oberschulrat unterm 18. Mai 1909 verkündeten Lehrplans. Er tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft; Abweichungen sind nur mit Genehmigung des Ministers des Kultus und Unterrichts statthaft.

## Wartungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten an Allerheiligen

Die Wartungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten an Allerheiligen wird in diesem Jahre auf die Zeit vom 31. Oktober, 12 Uhr, bis zum 4. November, 9 Uhr, ausgedehnt. Die Sonntagsrückfahrkarten gelten also

- zur Hin- und Rückfahrt
- am Donnerstag, dem 31. Oktober, von 12 Uhr an,
  - am Freitag, dem 1. November,
  - am Samstag, dem 2. November,
  - am Sonntag, dem 3. November;
  - und zur Rückfahrt
  - am Freitag, dem 1. November,
  - am Samstag, dem 2. November, bis 9 Uhr,
  - am Sonntag, dem 3. November,
  - am Montag, dem 4. November, bis 9 Uhr.

Die Rückfahrt am 2. und 4. November muß auf dem Zielbahnhof der Sonntagsrückfahrkarte spätestens um 9 Uhr, von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zug angehtreten oder fortgesetzt werden, der den Zielbahnhof um 9 Uhr verläßt. Sie ist nach 9 Uhr ohne Fahrkartenberechtigung, bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Schnell-, Eil- oder Personenzug zurückzulegen.

## Aus den Parteien

In der Versammlung der Vertrauenspersonen der Zentrumspartei in Kastell für den 12. badischen Landtagswahlkreis sprach der Spitzenkandidat, Justizminister Dr. Trunk. Er bezeichnete es als völlig falsch, anzunehmen, daß er die Sozialdemokraten aus der Regierung haben wolle. Er sei im Gegenteil der Meinung, daß eine so starke Partei zur verantwortungsvollen Mitarbeit herangezogen werden müsse. Im übrigen sei er, wie Prälatur Dr. Schöfer, auf dem Standpunkt, daß lediglich das Wahlergebnis die Grundlage für die zukünftige Regierungsbildung biete.

In einer am Sonntag in Offenburg abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung, der auch Prälatur Dr. Schöfer anwohnte, stellte die Zentrumspartei für den 10. Wahlkreis (Kreis Offenburg-Offenburg) folgende Kandidaten endgültig fest: 1. Landesgerichtsdirektor Gagler, bisher. Abg.; 2. Bürgermeister Engelhardt in Ruppach, bisher. Abg.; 3. Gutsherr Ranz, Reichenbach bei Geislingen; 4. Mechanikermeister von Deschwanden, Offenburg; 5. Glasarbeiter Junker, Schutterwald; und 6. Gemeindevater und Landwirt Biegler, Offenburg-Wolfshagen.

## Aus der Landeshauptstadt

Karl Gyth 7. Im 74. Lebensjahre ist hier der gelehrte Maler und langjährige Professor an der Karlsruher Kunstgewerbeschule, Karl Gyth, dessen Wiese in Schiltach stand, gestorben.

Kommunistische Kundgebung. Auch in Karlsruhe fand am Montag nachmittag gegen 5 Uhr auf dem Stephanplatz eine kommunistische Demonstration statt, zu der einige Arbeitslose erschienen waren. Auch hier kam es zu keinerlei Zwischenfällen.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein gestern über den britischen Inseln erschienener Tiefdruckausläufer, auf dessen Vorderseite in unserm Gebiet gestern zunächst hohe Bewölkung auftrat, ist heute als Tief über dem Stagaral angelangt. Bei Luftaufzehr aus Südwesten haben wir noch warmes, aber wolkeniges Wetter behalten. Von der Rückseite des Tiefes hat nunmehr Kaltluft den Armeekanal und die Nordsee erreicht und wird nach Mitteleuropa vordringen. Hierbei sind einzelne leichte Niederschläge in Schauern zu erwarten. Eine nachhaltige Verschlechterung steht aber nicht bevor, da der Druck mit dem Kaltlufteneinbruch wieder rasch steigen und zur Erneuerung des kontinentalen Hochdruckgebietes führen wird. Wetterausichten für Mittwoch. Nach streichweise leichtem Regenschauern wieder aufheiternd und kühler.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute, Dienstag, 8.20 Uhr, zu seiner Bayernfahrt mit 32 Passagieren an Bord unter Führung von Kapitän Flemming aufgestiegen.

# Der Aufbruch des „Graf Zeppelin“

## Mitteilungen Kaufens

Die in Friedrichshafen zwischen der Aroarktis und dem Luftschiffbau Zeppelin geführten Verhandlungen über die nächstjährige Polarfahrt des „Graf Zeppelin“ haben in allen Fragen zu völliger Übereinstimmung geführt.

In einer Genfer Presseunterredung erklärte der Leiter der Zeppelin-Nordpolexpedition 1930, Dr. Frithjof Nansen, daß das Ziel der Nordpolflüge zunächst ein Studium der geographischen Verhältnisse, vor allem der Verteilung von Land und Wasser, sei. Das Vorhandensein eines tiefen Meeres sei bei der Expedition Nansens mit der „Fram“ entbehrt worden. Aber man wisse noch nicht, welche Ausdehnung es besitze. Man hoffe, die notwendigen Notungen ohne Landung, und zwar aus einer Höhe von etwa 150 Meter von der Luft aus machen zu können, unter Anwendung des Echo-Lotes, das dem Luftschiff im Wasser nachgeschleppt wird. Für die Verfertigung einer Landkarte würden vom Nord aus Photographien gemacht werden. Ferner sollen meteorologische Beobachtungen angestellt werden.

Die geplante Fahrt sei als eine vorbereitende Expedition für die systematische Erforschung des Nordpolgebietes zu betrachten. Hinsichtlich der Gefahren eines Nordpolfluges bemerkte Nansen, daß der „Graf Zeppelin“ sicherlich auf seiner Weltumgehung viel größere Schwierigkeiten zu bestehen hätte, als sie in der Polarregion erwartet werden dürften. Es gebe dort wenig Winde und gar keine Gebirge. Temperatur und Licht seien gleichmäßig. Auf die Frage, ob der Nordpol überfliegen werden solle, sagte er lächelnd, daß dies für den Zweck des Unternehmens belanglos sei.

Im Mainzer Hauptbahnhof fuhr der von Berlin kommende FD-Bug 264 Montag nachmittags kurz vor der Einfahrt einem auslaufenden Güterzug in die Flanke. Die Lokomotive des FD-Zugesentgleiste. Zwei Reisende und drei Postbeamte wurden leicht verletzt.

In der Erziehungs- und Pfléganalt für Schwachsinrige in Gladbach-Mehdt hat der Anstaltsleiter Nübeling eine 21jährige Kontoristin, mit der er intime Beziehungen unterhielt, getötet. Er wurde verhaftet.

# Handel und Wirtschaft

## Berliner Devisennotierungen

	1. Oktober		30. September	
	Weis	Brief	Weis	Brief
Amsterdam 100 G.	168.27	168.61	168.22	168.56
Kopenhagen 100 Kr.	111.89	112.11	111.80	112.02
Italien . . . 100 L.	21.94	21.98	21.94	21.98
London . . . 1 Pf.	20.366	20.406	20.348	20.388
New York . . . 1 D.	4.191	4.199	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.425	16.465
Schweiz . . . 100 Fr.	80.90	81.06	80.855	81.015
Wien 100 Schilling	58.95	59.07	58.95	59.07
Prag . . . 100 Kr.	12.406	12.426	12.409	12.429

## Frankfurter Allgem. Versicherungsgesellschaft

In der Generalversammlung der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft am Montag wurde der Status mitgeteilt. Insgesamt betragen die Verluste 88,5 Mill. Reichsmark. Auf der anderen Seite summieren sich Kapital der Gesellschaft 21,1 Mill. Reichsmark, offene Reserven 8,9 Mill. Reichsmark. Kaufpreis der Allianz vorläufig 15 Mill. Reichsmark. Das sind insgesamt 45 Mill. Reichsmark. Es verbleibt also unter allem Vorbehalt ein Aktivsaldo von 6,6 Mill. Reichsmark per 17. August. Vom Gesamtverlust entfielen 15 Mill. Reichsmark der Abschfinanzierung, 5 Mill. Reichsmark der Beteiligung bei der Südwestdeutschen Bank, 2,5 Mill. Reichsmark aus Hypothekenausbietungsgarantien, 1,2 Mill. Reichsmark aus Abschreibungen und aktiven Hypotheken, 3,5 Mill. Reichsmark aus diversen Finanzkreditbürgschaften und der Rest aus direkten Kreditgewährungen und Umbewertungen.

In der Debatte gab der Vorsitzende bekannt, daß sich 900 Aktionäre zur Versammlung angemeldet haben, welche 20 645 000 Reichsmark Aktien vertreten. Rechtsanwalt Somburger (Karlsruhe) untertrieb die Wiederherstellungspflicht und den für das Reichsjustizministerium lehrreichen Charakter des Frankfurter Falles für die Aktiengerechtigten. Dem Aufsichtsrat hätte es nicht entgegen dürfen, daß die Verwaltung vollkommen wegensfremde Geschäfte machte. Rechtsanwalt Schwendener (Büdingen) verurteilt aufs Schärfste die Einführung der Favag-Aktien in der Schweiz zu 250 Proz. und die Herausbringung eines Prospektes, der von den höchsten Namen der deutschen Wirtschaft unterzeichnet war und das schweizerische Sparerpublikum zum Kauf von Favag-Aktien veranlaßt hat. Es gebe nur eine Forderung: „Wir geschädigten Aktionäre wollen unser Geld zurück haben!“ Es handle sich bei dieser Sache auch nicht nur um einen Favag-Fall, sondern um eine Angelegenheit des nationalen und internationalen Handels der deutschen Wirtschaft, denn es lägen hier materielle und moralische Verfehlungen vor, für die es keine Entschuldigung gebe.

Es wurde eine Revisionskommission eingesetzt, der auch ein Schweizer angehört. Der Vorsitzende nahm an, die Revisionskommission werde in etwa 6 bis 8 Wochen in der Lage sein, einen Zwischenbericht zu erstatten, welcher einer Aktionärsversammlung, nicht einer eigentlichen Generalversammlung unterbreitet werden würde.

Die Aktionäre müssen damit rechnen, den größten Teil ihres Geldes zu verlieren. Sie hatten noch vor kurzem ein Papier in den Händen, das nach der letztjährigen 12½ Proz. Dividende einen Wert von 220 bis 250 Proz. hatte. Die Aktienbesitzer, die ihren Besitz an Aktien des zweitgrößten Versicherungskonzerns als eine besonders sorgfältig gewählte, so gut wie festverzinsliche Anlage anfaben, stehen heute vor der Frage, wieviel, ja ob überhaupt etwas von dem Vermögenswert übrigbleiben wird. Wirkliche Aufklärung über die tiefen und letzten Ursachen des Zusammenbruchs gab weder der gedruckt überreichte Bericht des Aufsichtsrats, noch das, was man in der Versammlung aus dem Munde der Verwaltung hörte, die sich einer auffälligen Zurückhaltung befleißigte. Die Verlesung des Berichtes rief häufig Widerspruch auf den Plan, besonders da, wo es heißt, daß mit dem Anwachsen zum großen Konzern die dem Aufsichtsrat gleichgültig zugewiesene Aufgabe gewisse Begrenzungen ersahre. Mit Recht warf man den Herren vor, daß eine solche Einschränkung zum mindesten nicht für die versicherungsfremden Geschäfte gelten könne. Besonders peinlich wirkte es, die Entzückung zu bemerken, mit der die zahlreich erschienenen Schweizer Aktionäre die Interessen der zahlreichen Sparer in der Schweiz vertraten, die auf Grund des glänzenden Prospektes, unterzeichnet von führenden deutschen Persönlichkeiten, gewissermaßen noch in letzter Minute ihr Geld der Favag anvertrauten.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**D. Schwetzingen, 30. Sept.** In diesen Tagen sind, wie die Schwetzingener Zeitung mitteilt, neue Untersuchungen in Gang gekommen, die eine Aufklärung der in der Schwetzingener Gegend vorhandenen Schwefelwasser zum Ziele haben. Ihr bisheriges Ergebnis besteht darin, daß der Gehalt einer im Hardtwald bei Schwetzingen gelegenen neueren Quelle an Schwefelwasserstoff (H<sub>2</sub>S) auf 0,00660 Gramm festgestellt wurde. Weitere günstige Ergebnisse vorausgesetzt, denkt man daran, das schwefelhaltige Wasser Wädbergswesen dienstbar zu machen. Bis dahin ist es aber sicherlich noch ein weiter Weg.

**D. Forzheim, 30. Sept.** In der Nacht zum Sonntag kam es wieder einmal zu einem Zusammenstoß zwischen Güterleuten und einem Reichsbannermann. Mit dem Ruf: „Schlagt ihn tot!“ stürzten sich mehrere Hitleute auf den einzelnen Mann und schlugen ihn derart, daß er schwer verletzt liegen blieb. Ohne sich weiter um den Verletzten zu kümmern, entfernten sich die Angreifer. Der Schwerverletzte wurde von einer Polizeistreife gefunden. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

**Bad. Emmendingen, 29. Sept.** Das 40jährige Bestehen der Heil- und Pflanzanstalt Emmendingen soll im Laufe des Monats Oktober gefeiert werden. Die Anstalt ist im Jahre 1889 unter Leitung des Direktors Walter eröffnet worden. Der zweite Anstaltsdirektor war Geh.-Rat Dr. Haardt, der mehr als 25 Jahre an ihrer Spitze stand. Es folgten Direktor Dr. Groß, Medizinalrat Dr. Mathes.

**Bad. Freiburg i. Br., 29. Sept.** Der Redakteur der „Freiburger Zeitung“, Fritz Segelken, Vorsitzender der Bezirksgruppe Oberbaden, im Landesverband der badischen Presse (Reichsverband der Deutschen Presse), kam am 1. Oktober auf eine 25jährige journalistische Arbeit zurückblicken. Er begann seine journalistische Arbeit auf der Bremer „Bester-Zeitung“, kam dann nach Süddeutschland, war zuerst in Mannheim und dann in Pörsch tätig, und wurde im Jahre 1925 verantwortlicher Redakteur für Politik und Handel an der „Freiburger Zeitung“. Später wurde ihm der Posten eines Lokalredakteurs und das Amt des stellvertretenden Chefredakteurs übertragen. Auch literarisch trat Fritz Segelken mit starkem Erfolg hervor. Die Kollegenschaft anbietet ihm zu seinem Jubiläum herzliche Glückwünsche.

### Gemeinderundschau

**Die Bürgermeisterverswahl in Bogberg (bei Tauberbischofsheim)** ist resultatlos verlaufen. Der seitherige Bürgermeister Reetz erhielt 156 Stimmen, Hermann Pfl. Wiffinger 168 Stimmen, 17 Stimmen waren unglücklich.

**Der neue Bürgermeister in Schiltach.** Die Fraktionen des Bürgerausschusses sind übereingekommen, den Verwaltungsratschreiber Eugen Groß aus Bilingen als einzigen Kandidaten für den freierwerbenden Bürgermeisternposten von Schiltach aufzustellen.

**Die Stadt Freiburg schenkt der evangelischen Kirche eine Baustelle.** Der Bürgerausschuss der Stadt Freiburg ist zu einer Sonder Sitzung auf Mittwoch vormittag eingeladen worden. Aus Anlaß des 100. Erinnerungstages an den Bau der ersten evangelischen Kirche in Freiburg, der Ludwigskirche, soll der evangelischen Gemeinde für den Bau einer weiteren Kirche ein der Stadt gehöriges Baugelände geschenktweise übertragen werden. Es soll durch diese Gabe zum Ausdruck kommen, daß auch heute die Gefühle christlicher Zusammengehörigkeit und herzlicher Eintracht die Bürgerschaft der Stadt Freiburg verbinden.

# Kleider- u. Mantelstoffe

alle modischen Farben und Webarten reich sortiert

Überwältigende Auswahl  
in allen Preislagen

Leipheimer & Mende

### Jetzt ein Abonnement

Neue Frauenkleidung u. Frauenkultur vereinigt mit Frau u. Gegenwart

Der neue 26. Jahrgang beginnt im Oktober. Neuer Roman: Karolas Scheidung von Toni Harten-Hoenecke, der Übersetzerin von Lindsey „Die Revolution der modernen Jugend“

Für 4,80 RM. erhalten Sie im Vierteljahr nicht nur 6 Hefte, die Sie über alle Frauenfragen, Neuerungen in Haus und Heim unterrichten, sondern außerdem zwei Schnitte nach Wahl aus zwölf Modellen im Werte von 2 RM. unberechnet und 6 vielfarbige Künstlerbilder



VERLAG G. BRAUN IN KARLSRUHE I.B.

## Bad. Kommunale Landesbank

Girozentrale  
Zweiganstalt Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 1

Ecke Zirkel

Besorgung aller Bankgeschäfte  
insbesondere

Pflege des öffentlichen Geldverkehrs :-: Kreditungabe an den gewerblichen Mittelstand

## Schwarzwälder Granitwerke

C. KIEDERLE  
Bühl i. B.

Gegr. 1888 Tel. 41

Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)  
Randsteine, Leistensteine, Säurebottiche u. Bodenbelag  
aus säurebeständigem Material  
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine,  
Mauersteine

liefern wir  
nur aus eigenen Brüchen  
Schleiferei Bildhauerei  
Werkplätze — 250 Arbeiter 166

## Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen  
und Bestellungen Bezug  
auf die Anzeigen in der

Karlsruher Zeitung

Gesuch des Karl Meß in Linkenheim um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtküche auf dem Anwesen Hauptstr. 20 in Linkenheim.

Karl Meß in Linkenheim hat um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtküche auf dem Anwesen Hauptstr. 20 in Linkenheim nachgesucht. Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Linkenheim vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten. R. 596

Der Plan liegt während der 14tägigen Einspruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer Nr. 28 — und beim Bürgermeisteramt Linkenheim zur Einsicht offen.

Karlsruhe, den 25. September 1929. D. 3. 74  
Badisches Bezirksamt — Abteilung IV.

### Jagdverpachtung

Die Gemeinde Hochstetten verpachtet am Montag, den 14. Oktober d. J., auf dem Rathaus in Hochstetten die Ausübung der Gemeindejagd auf weitere 6 Jahre. Der Jagdbezirk umfaßt die ganze Gemarkung. R. 826

Als Steigerer werden nur Personen zugelassen, welche im Besitz einer Jagdkarte sind oder durch Zeugnisse nachweisen können, daß der Ausstellung einer Jagdkarte keine Bedenken entgegenstehen.

Der Pachtvertrag liegt auf dem Rathaus offen und kann jeden Vormittag von 8 bis 12 Uhr Einsicht genommen werden, auch ist man zu jeder weiteren Auskunft gerne bereit.

Hochstetten, 27. Sept. 1929.

Der Gemeinderat:  
Rees, Bürgermeister.

### Schichtholz- u. Stangenversteigerung

Das Forstamt Herrenwies in Forbach (Baden) versteigert am Dienstag, den 8. Oktober 1929, nachmittags 1 Uhr, im Gasthaus zum „Auerhahn“ in Herrenwies: 260 Stk. Buchenholz und -sprügel; 1520 Stk. Nadelstämme; 300 Stk. Nadelstämme; 111 Stk. Papierholz; 600 Stk. Bauhölzer u. 1400

Stk. Hopfenstangen. Das Holz zeigt vor: Förster Merkel und Forstamtwärter Willig in Herrenwies, Förster Kaufnecht u. Herzog in Hundsbach u. Förster Wittmann in Ebersbronn. R. 593

Forbach, den 28. Sept. 1929

### Freihändiger Nadelstammholzverkauf

Forstamt Kirchzarten, Freitag, den 11. Oktober, 1929, vormittags 11 Uhr: 3100 im Nadelstammholz (meist Fichten). Außerdem wegen Zahlungsunfähigkeit des ersten Käufers 578 im Nadelstammholz. Losauszüge durch das Forstamt. R. 592

R. 599. Offenburg. An Stelle des verstorbenen Konkursverwalters, Rechtsanwalt Kornmaier in Offenburg, wird Diplombauingenieur Wilhelm Dugger in Offenburg zum Konkursverwalter über das Vermögen des Karl Spießberger, Schneiderei u. Installationsgeschäft in Offenburg, Wähler Straße Nr. 25, ernannt.

Offenburg, den 24. September 1929.  
Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Für Karlsruhe u. Umgebung wird gewandter, fertiger

### Beretreter

mit nachweislich erstf. Beziehungen gegen Fixum und Spesen gesucht. 830

Concordia, Lebensversicherungsamt A. G., Böhm a. Rh. Gesf. Offerten an die Generalagentur Baden-Baden, Werderstraße 30 erbeten.

## Kuber, Frietsch & Cie. \* Ottenhöfen

Granitwerke in Seebach (Achtal)  
Halbmeil (Kinzigtal) 344

Groß- u. Kleinpflaster, Granit-schotter, Betonkies Sand usw.

Telephon Kappelrodeck Nr. 207

Neu und gepolste  
**Pianos**  
In jeder Preislage, von billigen Lor-Klavieren bis zum kostbaren Flügel.  
Ludwig Schweisgut  
Karlsruhe i. B.  
Erbprinzenstr. 4  
beim Rondellplatz.



### Badisches Landestheater

Mittwoch, 2. Oktober

\* G 2. Th.-Gem. 801—1000

### Rubowitschas Hochzeit

Komödie von Tolstoi

Regie: v. d. Trend

Mitwirkende:

Ermardt, Frauendorfer, Genter, Quaiser, Schreiner, Brand, Dahlen, Schmede, Graf, Herz, Hiel, Höder, Just, Kühne, Mehner, Müller, Krüger, Schneider, Hebeisen, Mangel

Anfang 20 Ende 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>

Preise A (0,70—5,00 RM)

Do., 3. Okt. Peripherie

Fr., 4. Okt. Oupheus und

Gurthile. Sa., 5. Okt.

Keine Vorstellung.

So., 6. Okt. Neu einstudiert:

Der Ring des Nibelungen,

Dritter Tag: Götterdäm-

merung. Im Konzerthaus:

Das Geld auf der Straße.

Mo., 7. Okt. Peripherie.

In der Festhalle: 1. Volks-

simfoniekonzert.

### Meßkircher

### Geld-Lotterie

Ziehung sicher 18. u. 19. X.

Alle Gewinne ohne Abzug

**RM. 12500**

Höchstgewinn a 1 Doppellos

**RM. 8000**

Los 50 Rp. Doppel 1 RM.

Porto und Liste 30 Rp.

Stürmer, Mannheim

07, 11

Postch. 17043 Karlsruhe

u. a. Verkaufsstellen